



Politisch geschwächt – „stehend K.O.“, von inneren Konflikten geschüttelt und mit der massiven Ablehnung der Bevölkerung konfrontiert,

müht sich die Regierung Merkel das „größte Sparpaket in der Geschichte des Landes“, das ihr Kabinett am 7. Juli beschließen soll, endgültig zu schnüren.

Es ist ein Verarmungsprogramm, dass die ArbeitnehmerInnen für die Bereicherung der Banken und Konzerne bluten lassen soll, so der Protest der Gewerkschaftsführungen. „Die Regierung setzt die Axt am Sozialstaat an.“ (ver.di)

Umso unverständlicher ist es für die gewerkschaftliche Basis, dass die Gewerkschaftsführung an dem Zukunftsgipfel genannten Krisengipfel teilgenommen hat.

„Die Kanzlerin in Not!“ (Handelsblatt vom 18. 6.): Merkel hatte zur „Unterstützung“ die „Sozialpartner“, die Vertreter des Kapitals und der Gewerkschaften, zu dem Gipfel am 23. Juni eingeladen, um „in einer gemeinsamen Anstrengung die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu sichern“. Die Regierung brauche die Unterstützung der Tarifpartner, um die Probleme der Krisenbewältigung zu lösen.

Dieser Krisengipfel wurde überraschend auf den 18. Juni vorverlegt und wie ein Geheimtreffen gestaltet; die Gewerkschaftsverantwortlichen nahmen daran teil, ohne Mandat, hinter dem Rücken der Gewerkschaftsmitglieder und der gesamten Arbeitnehmerschaft.

Auf jeden Fall wollte Merkel jede Diskussion über „Streitthemen wie das Sparpaket“ vermeiden. Stattdessen setzt sie abstrakte Themen auf die Tagesordnung, wie den „demographischen Wandel“; seine Folgen und die Folgen der Krise für die Sozialsysteme; „nachhaltige Finanzpolitik“ und Haushaltskonsolidierung; Beschäftigungschancen im Strukturwandel.

In seiner Bilanz zu dem Gipfel erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer: „Wir haben weitgehend versucht - ich glaube, das ist auch weitgehend gelungen -, tagespolitische Fragen hintanzustellen. (...) es ging heute wirklich um etwas anderes, und wir waren diszipliniert genug, uns auch darauf zu konzentrieren“.

Gewerkschaftlicher Auftrag

Die Gewerkschaftsführung übt Selbstzensur gegen die Vertretung der Interessen und Forderungen der ArbeitnehmerInnen gegenüber den Regierungsplänen und lässt sich auf „optimistische Gespräche“ mit Regeierung und Arbeitgebervertretern über die Zukunftssicherung des Landes festlegen.

Was der Regierung Merkel den dringend benötigten Spielraum verschafft, in der gleichen Zeit handfeste Maßnahmen der sozialen Demontage fest zu zurren, die der arbeitenden Bevölkerung und Jugend des Landes eine erschreckende Zukunft bereiten werden.

Ist es noch Zufall, dass sich hinter den abstrakten Gesprächsthemen die konkreten Maßnahmen der Sozialkürzungen des realen Sparpakets verstecken?

Der „demographische Wandel“ diene Merkel als Rechtfertigung für ihr drastisches Sparpaket gegenüber den Anfeindungen des US-Präsidenten Obama.

Die „Haushaltskonsolidierung“ soll mit Hilfe der „Schuldenbremse“ dafür sorgen, die Milliarden aus den sozialen und öffentlichen Haushalten herauszukürzen, um die Milliardenverschuldung durch die Bankenrettung zu begleichen. Die Folgen für die sozialen Sicherungssysteme lassen sich an den Verelendungskürzungen und der weiteren Entrechtung von Arbeitslosen und von Millionen Kindern aus Hartz IV-Familien ablesen. Was die „Beschäftigungschancen im Strukturwandel“ angeht, so wurden 100 000e Industriearbeiter in dem von der Krise und Regierungspolitik vorangetriebenem Strukturwandel mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bestraft und sollen jetzt 4000 Opel-Kollegen aus ihren Werken rausfliegen.

Die für den Herbst von den Gewerkschaftsführungen angekündigten Demonstrationen, die im Rahmen des europaweiten Protestaufrufs des EGB stehen sollen, werden ebenso wenig geeignet sein, der Regierung bei der Umsetzung ihrer Politik der sozialen Demontage in den Arm zu fallen, wie die Demonstrationen von attac und Sozialbündnissen am 12. Juni in Berlin und Stuttgart, in denen sich Teile der Gewerkschaft aufgelöst hatten. Alle treten mit dem Ruf an, die Gewerkschaftsführungen, wie die Organisationen der Zivilgesellschaft und der EGB: „Wir wollen nicht für ihre Krise zahlen“. Aber ebenso verweigern sie alle entschieden die Forderung nach Stopp und Rücknahme des Sparprogramms und die Rückführung der Milliarden zur Rettung der Banken und Spekulanten, deren Finanzierung diese Sozialkürzungen diktiert, in den öffentlichen Haushalt.

Kein Arbeitnehmer, kein Gewerkschaftskollege kann verstehen, dass sich die Gewerkschaftsverantwortlichen in die Unterstützung der Regierung Merkel und in die gemeinsame Verantwortung mit Regierung und Arbeitgebern für die Zukunftsgestaltung der Gesellschaft einbinden lassen.

Es kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, der Regierung Merkel zu helfen, das Sparpaket gegen den Willen der großen Mehrheit der Arbeitnehmer und der gesamten Bevölkerung umzusetzen. Es kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, es durch einzelne „Korrekturen“ und durch ergänzende Forderungen nach mehr symbolischen Beiträgen der Krisenverantwortlichen und durch vage Forderungen zur Finanzmarktregulierung, von denen alle wissen, dass sie entweder „Peanuts“ sind oder nie Wirklichkeit werden, „sozialverträglicher“, „sozial akzeptabler“ und „ausgewogen“ zu gestalten.

Ist es nicht vielmehr Auftrag und Verantwortung der Gewerkschaften, die Arbeitnehmer in den gewerkschaftlich organisierten Kampf für ihre Verteidigung gegen die Krisenschläge zu führen? Das aber verlangt, dass die DGB-Gewerkschaften das grundsätzliche Recht auf gewerkschaftlich organisierten Streik gegen Regierungsentscheidungen, die die wirtschaftlichen und sozialen Belange der Arbeitnehmer betreffen, zurückerobern. Könnte nicht, gestützt auf den gewerkschaftlich organisierten Streik eine größere Kraftentfaltung der Arbeiterschaft auf einer zentralen Demonstration organisiert werden, die notwendig ist, um das Spar-/Verarmungsprogramm der Schwarz-Gelben Koalitionsregierung Merkel zurückzuschlagen? Wäre es nicht eine Möglichkeit gewesen, am 7. Juli zu einer von den Gewerkschaften zentral organisierten Demonstration in Berlin zu mobilisieren, als Stützpunkt für die Vorbereitung des Herbstes?

Dafür haben sich Gewerkschaftskollegen an die Gewerkschaftsführung gewandt. Ist das nicht der Weg, um die Kraft zu schaffen, die fähig ist, die SPD und die SPD-Verantwortlichen aus dem „Pakt der Vernunft“, den der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel der Regierung Merkel angeboten hat, herauszureißen und die sozialdemokratischen Mitglieder und Verantwortlichen zu gewinnen, sich an der Seite der ArbeitnehmerInnen und ihrer Gewerkschaften für die Rücknahme des Sparpakets und die Rückführung der Milliarden, die in die Finanzmärkte zu ihrer Rettung geflossen sind, zu engagieren?

Carla Boulboulé